

Der private Rettungsschirm

Weil Ihnen Staat und Banken im Krisenfall nicht helfen werden

von

Simone Boehringer, Peter Boehringer, Philipp Vorndran, Gerhard Spannbauer, Christine Illing

1. Auflage 2012

FinanzBuch Verlag München 2012

Verlag C.H. Beck im Internet:
www.beck.de
ISBN 978 3 89879 689 7

Zu [Inhaltsverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Simone Boehringer (Hrsg.)
mit Beiträgen von Philipp Vorndran, Gerhard Spannbauer,
Christine Illing und Peter Boehringer

Der private Rettungsschirm



FBV

PROLOG: HABEN SIE SCHON EINEN PLAN B? ES IST ZEIT DAFÜR.

Simone Boehringer

1. Die Schuldenkrise verändert Europa

Wir sind im Jahr fünf der Finanzkrise. Eine Lösung ist nicht in Sicht. Schulden werden in Europa mit Schulden bekämpft, und das Kartenhaus aus Krediten und Bürgschaften wird immer fragiler, die Konstruktionen immer waghalsiger. Nur eines ist sicher: Die Bürger bezahlen die Rechnung; in Form steigender Steuern und Abgaben, geringerer staatlicher Leistungen und letztlich auch durch Enteignung, wenn die Preise steigen und die Zinsen weiter von den Zentralbanken künstlich niedrig gehalten werden.

Bricht das instabile Finanzgebäude auf einmal zusammen – und diese Gefahr besteht latent seit der Pleite der US-Investmentbank Lehman Brothers 2008 – wird die ganze Rechnung auf einmal fällig. Wie die Verteilungskämpfe dann aussehen, können wir in Griechenland sehen.

Die Schuldenkrise ist kein europäisches Sonderproblem. Praktisch alle westlichen Gesellschaften, allen voran die Vereinigten Staaten, haben über ihre Verhältnisse gelebt. Die Bankenkrise 2008 und die folgenden staatlichen Stützungsprogramme haben die Probleme noch verschärft. Zins und Zinseszins in unserem seit mehr als 40 Jahren völlig ungedeckten Papiergeldsystem sorgen dafür, dass es vielen Ländern überhaupt nicht mehr gelingt, die Lasten im Griff zu halten, geschweige denn abzutragen. »Aus den Schulden herauswachsen«, wie es viele Politiker sich erträumen und manche Ökonomen schönrechnen, ist in den meisten Fällen nicht mehr

möglich, weil die aufgelaufenen Zinsen und der damit verbundene Konsolidierungsdruck auf die öffentliche Hand Investitions- und damit weitere Wachstumsmöglichkeiten einschränkt.

Schulden machen abhängig. Je höher die Verbindlichkeiten eines Landes, desto geringer der Verteilungsspielraum und damit auch die Gestaltungskraft für eigenständige Politik. Die Griechen etwa bekommen dreistellige Milliardenkredite – um ihre Schulden zu tilgen. Beim gemeinen Volk, das teils radikale Einsparungen hinnehmen muss, kommt von diesen »Hilfen« praktisch nichts an. Unverständnis, Wut, ja Hass auf die strengen Geldgeber sind die Folge. Die Hoffnung auf ökonomische Erholung dagegen schwindet. Aber auch die Gläubigerländer können sich immer weniger erlauben angesichts der wachsenden Solidarabreitäge, die sie zusätzlich zu den auch vor der Krise schon bestehenden eigenen Zins- und Tilgungsverpflichtungen leisten müssen. Dies ist absehbar nur durch höhere Steuern (Euro-Soli, Vermögensteuer), Kapitalverkehrskontrollen oder gar einen neuen Lastenausgleich zu finanzieren – bei gleichzeitig drastischer Einschränkung staatlicher Leistungen.

Kurz vor Redaktionsschluss dieses Buches beschäftigte sich das Kabinett Angela Merkels gerade mit einem Nachtragshaushalt für 2012, der allein deshalb anfiel, weil Deutschland seine Bareinzahlungen für den geplanten »dauerhaften Euro-Rettungsschirm« schneller einzahlen sollte als zunächst vorgesehen. Wohlgemerkt: Die Abgeordneten hatten noch nicht einmal darüber entschieden, ob sie dem ESM zustimmen, dem sogenannten Europäischen Stabilitätsmechanismus, der mehr Rechte bekommen soll als sie der Bundestag je hatte. Staatsrechtler warnten im Vorfeld, dass das Parlament sich durch eine Zustimmung zum ESM selbst entmachte. Das Verfassungsgericht hatte schon bei dem vorherigen Hilfsfonds namens EFSF Bedenken geäußert und darauf aufmerksam gemacht, dass weitergehende monetäre Verpflichtungen für den Erhalt des Euro die Budgethoheit des Bundestages, oft auch als »Königsrecht des Parlaments« bezeichnet, verletzen könnten.

Anders als alle vorherigen Krisenmechanismen der EU wird es beim ESM viel weniger Möglichkeiten der parlamentarischen Einflussnahme geben.

Anstelle der nationalen, demokratisch gewählten Abgeordneten sollen sogenannte Gouverneure diese Institution leiten und können im Bedarfsfall über einen Großteil der nationalen Haushaltsbudgets entscheiden. Gemäß dem ESM-Vertrag¹ besteht die Führung des neuen Stabilitätsfonds aus den 17 Finanzministern der Euro-Staaten. Diese werden lediglich kontrolliert von einem Gremium an Direktoren, die die Gouverneure zuvor selbst ernannt haben – und die sie laut Vertrag auch jederzeit wieder absetzen können. Die ESM-Verantwortlichen agieren praktisch wie eine Regierung über den entsprechenden nationalen Gremien und sie genießen zudem absolute Immunität, haben eine umfassende Schweigepflicht und können die Länder dazu verpflichten, mehr Kapital einzulegen als anfangs vereinbart. Allerdings müssen die Gouverneure über alle Kreditzusagen einstimmig entscheiden. Der deutsche Gouverneur ist bei den meisten Entscheidungen an das Votum des Bundestages gebunden, bei Eilbedürftigkeit (was in dieser Krise bislang praktisch immer der Fall war) reicht jedoch eine Beteiligung des Haushaltsausschusses, bei Staatsanleihekäufen sogar aller Voraussicht nach die eines noch kleineren Sondergremiums.²

Schon vor dem ESM hatte Deutschland sich über andere Rettungsmechanismen verpflichtet, klammten Euro-Staaten Kredite und Bürgschaften über insgesamt rund 300 Milliarden Euro zu geben. Aber noch nie zuvor war die Bundesregierung bereit gewesen, einer supranationalen Behörde so viele Rechte abzutreten wie beim ESM. Dessen Ausleihvolumen sollte zunächst auf 500 Milliarden Euro begrenzt bleiben, bei Garantien von insgesamt 700 Milliarden Euro. Auf Deutschland sollte dabei ein Gewährleistungsvolumen in Höhe von 190 Milliarden Euro entfallen. Doch Ende März stimmte Bundeskanzlerin Merkel bereits de facto einer Aufstockung zu. Der Vorläuferschirm EFSF soll nun, anders als bislang vor-

¹ Den ESM-Vertrag, über den der Bundestag nach der 3. Lesung voraussichtlich am 25. Mai 2012 abstimmen wird, gibt es auf der Internetseite des Finanzministeriums http://www.bundesfinanzministerium.de/nr_1270/DE/Wirtschaft_und_Verwaltung/Europa/Der_Euro/Stabilitaet/Stabilisierung-des-Euro/20120202-ESM-Vertrag;templateId=raw;property=publicationFile.pdf oder auch beim europäischen Steuerzahlerbund www.taxpayers-europe.com/images/stories/pdfneu/esm-vertrag.pdf.

² Die genaue Ausgestaltung der Beteiligungsrechte des Bundestages war zu Redaktionsschluss noch Gegenstand der Diskussion im Parlament und in den Ausschüssen. Über das entsprechende ESM-Finanzierungsgesetz sollte zusammen mit dem ESM-Einrichtungsgesetz am 25. Mai 2012 abgestimmt werden.

gesehen, parallel zum ESM weiterlaufen. Das Garantievolumen für die Bundesrepublik steigt damit auf wenigstens 280 Milliarden Euro.³

Sonstige Leistungen über Bundesbankkredite oder den Aufkauf von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank, die gleichfalls Ausfallrisiken bergen, sind bei dieser Auflistung noch gar nicht berücksichtigt.⁴ Aber schon die Verpflichtungen aus den Hilfsfonds zeigen, dass die Dimensionen immer bedenklicher werden. Zum Vergleich: Die Steuereinnahmen der Bundesrepublik im wirtschaftlichen Boomjahr 2011 betrugten 248 Milliarden Euro. Inklusive sonstiger Erlöse und Neuverschuldung standen dem Parlament knapp 300 Milliarden Euro zur Verfügung. Die möglichen Lasten aus dem Rettungskurs der Regierung können also das Budget bei Weitem überschreiten!⁵

Ein Parlament und eine Regierung aber, die nicht mehr Herr über den eigenen Haushalt sind, verlieren mit der ökonomischen auch die politische Freiheit. Denn wo keine nennenswerten Einnahmen mehr zur Verfügung stehen, können auch keine Wohltaten mehr an die Bürger verteilt werden. Wer unter solchen Umständen wiedergewählt werden will, muss noch mehr Schulden machen und wird damit noch abhängiger von den Kreditgebern und so weiter – eine Abwärtsspirale, aus der es ab einem bestimmten Punkt kein Entrinnen mehr gibt.

Dieser Gefahr ist sich die Bundesregierung durchaus bewusst. Das Problem ist nur: Es gibt keinen Weg aus der Schuldenkrise ohne Schmerzen.

³ »Deutsche haften 30 Jahre für Schuldenländer. Merkel und Seehofer geben ihren Widerstand auf«, in: Süddeutsche Zeitung vom 27.03.2012, Seite 1.

⁴ So hat die EZB Anfang 2012 Aufkäufe von Staatsanleihen im Volumen von 211 Milliarden Euro eingeräumt. Zudem hat die Bundesbank anderen Zentralbanken des Euro-Systems im Rahmen der sogenannten Target-Salden per Ende März 616 Milliarden Euro geliehen. Diese würden allerdings nur im Falle einer Auflösung der Währungsunion oder eines Austretens Deutschlands fällig. Solange der Euro in seiner jetzigen Form erhalten bleibt, sind die Salden nicht zahlungsrelevant.

⁵ Bislang besteht die Risikobürgschaft Deutschlands »nur« aus Bürgschaften und Krediten. Die Garantien sind nicht fällig geworden, weil eine mehrfach drohende Zahlungsunfähigkeit Griechenlands immer jeweils durch neue, wiederum von den anderen EU-Ländern verbürgte Darlehen abgewendet wurde. Dieselben von der Gemeinschaft garantierten Kredite haben auch Portugal und Irland bekommen. Die effektiven »Kosten« für die Bundesrepublik sind deshalb noch nicht bezifferbar. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft hat immerhin ausgerechnet, dass die bisherigen Leistungen des Bundes den Schuldenstand der Bundesrepublik um 85 Milliarden Euro erhöhen wird (aus: »Euro-Rettung lässt deutsche Staatsschulden steigen«, Handelsblatt v. 15.03.2012, Seite 12).

Kanzlerin Merkel bezeichnet die Übernahme immer weiterer Kreditrisiken als »alternativlos«, weil sie befürchtet, dass ein dauerhafter Zahlungsausfall eines Euro-Landes weitere klamme Staaten der Währungsunion wie Portugal, Spanien oder Italien mit in den Abwärtsstrudel reißen könnte. Eine Gefahr, die nicht von der Hand zu weisen ist. Für die großen europäischen Partnerländer könnte Deutschland niemals glaubhaft bürgen, ohne selbst seine Kreditwürdigkeit zu verlieren. Die für die Finanzierung der Staaten so wichtigen Anleihemärkte würden zusammenbrechen. Das Ende der Währungsunion wäre vorprogrammiert.

Es ist diese Perspektive auf einen solchen deflatorischen Crash mit unabsehbaren Folgen, die viele Abgeordnete im Bundestag offenbar bislang vor einem »Nein« bei der Abstimmung zu den Milliardenhilfen zurückschrecken ließ. Zumal die durch die »Rettungspakete« erfolgten Schuldenrückzahlungen auch europäischen Banken und Versicherern zugutekamen und damit Steuerzahler und Besitzer von Lebensversicherungen zunächst vor weiteren Verlusten aus dem Finanzsektor bewahrte. Zunächst, weil nach wie vor nicht absehbar ist, dass Europas Südländer es trotz aller Sparprogramme schaffen können, ihre Haushalte in den Griff zu bekommen. Ohne Wirtschaftswachstum ist das auch besonders schwierig, und die EU-Kommission rechnet für das laufende Jahr mit einer Schrumpfung der Wirtschaftsleistung in acht der 17 Euro-Länder, darunter auch in Italien und Spanien. Um diese Rezession wenigstens abzufedern, sollen die betroffenen Länder künftig sogar Mittel aus den eigentlich für andere Zwecke vorgesehenen Struktur- und Regionalfonds der EU bekommen.⁶

Der Geldbedarf in dieser Krise steigt, und er steigt in immer kürzeren Abständen. Parallel zu den Vorbereitungen für eine stärkere Koordination und Zentralisierung finanzpolitischer Entscheidungen auf EU-Ebene werden deshalb durchaus auch Ausstiegsszenarien diskutiert, für einzelne Länder (Griechenland) oder auch eine Gruppe von Staaten (Nord- und Süd-Euro). Einige Unternehmensberater und Wirtschaftslenker räumen

⁶ »Schrecken ohne Ende: Die Brüsseler Problemliste wird immer länger«, in: Süddeutsche Zeitung vom 16.03.2012, Seite 19.

inzwischen freimütig ein, dass viele Firmen mit solchen Alternativszenarien bereits planen. Von den meisten Politikern werden solche Ideen allerdings weitgehend tabuisiert oder gleich als »uneuropäisch« stigmatisiert. Auch hier sind die berechtigte Angst vor den unabsehbaren Folgen einer Teilung der Eurozone und das politische Primat der Europäischen Einigung offenbar zu stark, um sich mit den Chancen und Risiken solcher Alternativszenarien offen auseinanderzusetzen.

Hinzu kommt, dass die Entscheidungen in Brüssel eine gefährliche Dynamik erreicht haben, die vor der Krise undenkbar gewesen wäre. Entschieden wird primär von den Staats- und Regierungschefs der 17 Euro- oder auch der 27 EU-Mitgliedsländer unter Federführung einer europäischen »Regierung« aus EU-Kommissaren, Sonderbeauftragten und demnächst auch ESM-Gouverneuren. Das Europäische Parlament in Straßburg hat in der Euro-Debatte dagegen praktisch nichts mitzubestimmen. Auf diese Weise ersetzt die Exekutive zunehmend die Legislative. Mit der Krise hat sich diese Entwicklung beschleunigt: Es eilt immer, und die gewählten Volksvertreter nicken oft nur noch ab, was die EU-Ebene vorgibt. Dieses Vorgehen aber entkernt die Demokratie.

Die Politik hat keine Lösung für die Schuldenkrise. Sie stopft Löcher, immer größere Löcher, in immer kleineren Abständen. Viele Akteure haben deshalb die Flucht nach vorn angetreten und träumen von einer beschleunigten Gründung der Vereinigten Staaten von Europa mit einem Bundesland Deutschland. Dann könnten die Schulden ohne Umwege in einem Schritt vergemeinschaftet werden. Diese Idee ist zwar legitim, kann aber nur über eine Volksabstimmung legal umgesetzt werden. Die Regierungen versuchen es derzeit über die Hintertür der ständigen »Euro-Rettung« und argumentieren mit der Notlage, die ein einheitliches Vorgehen erfordere. Wer so handelt, braucht sich nicht zu wundern, wenn viele Bürger des Europagedankens überdrüssig werden oder gar abwehrend reagieren – zumal die Bundesregierung die vor zwölf Jahren hastig eingeführte Gemeinschaftswährung gerne mit der europäischen Integration an sich gleichsetzt. »Scheitert der Euro, dann scheitert Europa«, sagt Kanzlerin Angela Merkel. Sie wirft damit die Erfolge von fünf Jahrzehnten Zusammenarbeit zwischen den einstigen Feinden in Europa in einen Topf mit

der aktuellen Euro-Krise, die nur entstehen konnte, weil wider ökonomische Vernunft auch Staaten in die Währungsunion aufgenommen wurden, deren wirtschaftliche und finanzielle Basis für ein solides gemeinsames Geld nicht ausreichte.

Der Euro als gemeinsame Währung hätte die Krönung sein sollen in einem Prozess der allmählichen geld- und fiskalpolitischen Integration souveräner Nationalstaaten. So hatten es Europas Staatschefs in der Nachkriegszeit vorgesehen. Stattdessen wurde das gemeinsame Geld ohne gemeinsame Fiskalpolitik eingeführt, was die ärmeren Länder vom Ruf der reichereren profitieren ließ und sie dazu einlud, sich günstig zu verschulden – wie wir heute wissen, auf Kosten der Gemeinschaft, die daran nun selbst zu zerbrechen droht.

2. Zu viele sagen nicht die ganze Wahrheit

Viele Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft sind sich der Fehlentwicklungen der Europäischen Gemeinschaft in den vergangenen zwei Jahrzehnten durchaus bewusst. Sie problematisieren sie aber nur selten offen und wenn, dann nicht weitgehend genug. Die meisten haben noch einen guten Teil ihrer Karriere vor sich und wollen sich daher nicht zu sehr aus dem Fenster lehnen. Manche geben auch offen zu, dass sie die Ächtung und den beruflichen Absturz fürchten, wenn sie sich bei der Schuldenkrise konträr zur herrschenden öffentlichen Meinung äußern (»Das kann ich doch nicht machen, in meiner Position.«). Bezeichnenderweise melden sich emeritierte oder am Ende (und im Zenit) ihrer Karriere stehende Rechts- und Ökonomieprofessoren⁷ zu Wort – oder ab und zu auch Zurückgetretene, die ihre Beweggründe im Nachhinein erläutern, wie zuletzt Jürgen Stark. Er hatte seinen Posten als EZB-Chefvolkswirt

⁷ Erwähnt seien hier beispielhaft die Professoren Wilhelm Hankel, Joachim Starbatty, Wilhelm Nölling, Karl-Albrecht Schachtschneider, Dietrich Murswieck und der CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler, die in mehreren Verfassungsklagen gegen die Europäischen Verträge und auch gegen die europäischen »Rettungsschirme« Verfassungsbeschwerden eingereicht hatten sowie etwa auch der Chef des Konjunkturforschungsinstituts ifo, Hans-Werner Sinn, der trotz starker Widerstände und Gegenreden nachgewiesen hat, dass über bestimmte Zahlungssalden (Target 2) noch einmal eine halbe Billion an Extra-Risiken im Zuge der Krisenpolitik der EZB entstanden sind.

im September 2011 wegen grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten über die Aufgaben der Zentralbank aufgegeben. »Die Zentralbanken rund um den Globus haben die Finanzmärkte mit Liquidität geflutet, und wir können in vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften keinen ernsthaften Versuch erkennen, die Fiskalpolitik in den Griff zu bekommen. Man befürchtet kurzfristig negative Folgen für das wirtschaftliche Wachstum. Deshalb wird die Konsolidierung verschoben. ... Ich glaube, die Politik will gar nicht zum Kernproblem der Rolle und der Größe des Finanzsektors vordringen, weil man in Wahlkämpfen steht und das politische System von daher Grenzen setzt für langfristige Lösungen«, sagte Stark in seinem ersten großen Interview nach seinem Rücktritt.⁸ Stark war nach dem ehemaligen Bundesbank-Chef Axel Weber der zweite deutsche Notenbanker, der ging, weil er Staatsanleihekäufe und sonstige direkte und indirekte Geldspritzen der EZB für falsch und inflationstreibend hielt. Weber hatte aus ähnlichen Beweggründen im Februar 2011 auf den ihm avisierten Posten des EZB-Chefs verzichtet und war im Mai 2011 auch als Chef der Bundesbank ausgeschieden.

Die Erfahrung aus vielen Gesprächen und Interviews mit amtierenden Meinungsführern in den vergangenen Jahren zeigt, dass »on record«, wie es im Fachjargon der Journalisten heißt, oft wesentlich weniger scharf gesprochen und dann entsprechend auch geschrieben wird als »off record«. Wer es wagt, seine Zweifel offen zu thematisieren, wird zurückgepfiffen. Ein prägnantes Beispiel für dieses Vorgehen bot etwa Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich, der Ende Februar kurz vor der Bundestagsentscheidung über das zweite große Kreditpaket für Athen zu Protokoll gab, »außerhalb der Währungsunion sind die Chancen Griechenlands, sich zu regenerieren und wettbewerbsfähig zu werden, mit Sicherheit größer, als wenn es im Euro-Raum verbleibt«. Ganz Politiker, fügte er hinzu, es gehe nicht darum, das Land aus der Währungsunion »herauszuschmeißen, sondern Anreize für einen Austritt zu schaffen, die sie nicht ausschlagen können«.⁹ Wenige Tage später relativierte er seine Aussage, bezeichnete zur Abstimmung stehenden Milliardenhilfen für Athen plötzlich als »bes-

⁸ Jürgen Stark in »Die Politik will nicht zum Kernproblem vordringen«, Handelsblatt vom 23.03.2012, S. 8 ff.

⁹ Zum Beispiel zitiert in: »Innenminister Friedrich empfiehlt Griechen Euro-Austritt«, Spiegel Online vom 25.2.2012, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,817567,00.html>

te Alternative« und stimmte im Parlament, wie die große Mehrheit der Abgeordneten, für das Paket und damit auch für einen Verbleib des Landes in der Währungsunion.

Doch Friedrich gehört mit diesem offen kenntlich gemachten Zwiespalt zu den Ausnahmen. Viele Politik- und Wirtschaftsakteure bleiben gleich von vornherein in ihrer öffentlich kundgegebenen Meinung weit hinter dem zurück, was sie tatsächlich über diese Krise denken. Mehr noch, manche verhalten sich auch privat anders als sie es öffentlich preisgeben. Da gibt es zum Beispiel die Geldmanager, die tagsüber ihre weltweit streuenden Anleihefonds und Zertifikate verkaufen und in der Mittagspause regelmäßig beim Goldhändler vorbeischauen, um sich mit jenen zinslosen Edelmetallen einzudecken, von denen ihr Arbeitgeber zugunsten von margenträchtigeren und vermeintlich risikoärmeren Produkten abrät. Oder den Regierungsberater, der nach dem Ausschalten des Aufnahmegeräts die Frage in den Raum wirft, warum die unter 30-Jährigen nicht längst auf der Straße seien. Sie würden schließlich im Zuge der Krise gerade enteignet. Dann doch lieber der Chefvolkswirt, der dezidiert kritisch auftritt; aber immer so, dass er von der Masse der offiziell Andersdenkenden noch akzeptiert wird. Privat hat er sich längst ein Haus mit Grundstück und Wasserquelle abseits der Großstadt gesichert: »Ich habe jetzt Familie, da muss man weiterdenken!«

Familie, ja, haben viele von uns und auch alle Autoren dieses Buches. Die Kurzatmigkeit und vor allem auch Kurzlebigkeit politischer Entscheidungen in den vergangenen Jahren macht es allerdings immer schwerer, Pläne zu schmieden, Ziele zu verfolgen und dem Nachwuchs Kontinuität vorzuleben. Wenn auf der großen Bühne Versprechen gebrochen wurden (Es wird keine Schuldenübernahme für andere Euroländer geben)¹⁰ und Prinzipien immer öfter einem undefinierten Pragmatismus weichen müssen (Rettungsschirm, erweiterter Rettungsschirm, neuer Dauerrettungs-

¹⁰ Die sogenannte No-Bail-out-Klausel nach § 125 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), auch Lissabon-Vertrag genannt, im Wortlaut: Die Union haftet nicht für die Verbindlichkeiten der Zentralregierungen, der regionalen oder lokalen Gebietskörperschaften oder anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, sonstiger Einrichtungen des öffentlichen Rechts oder öffentlicher Unternehmen von Mitgliedstaaten und tritt nicht für derartige Verbindlichkeiten ein.

schirm ESM, Aushilfsretter Notenbank), um Fehler aus der Vergangenheit auszugleichen (zu schnelle Währungsunion mit zu vielen Ländern), sind all diejenigen lästig, die auf ihrer Linie bleiben und weiter die Schwachstellen des Systems analysieren.

Der Chefredakteur des Handelsblatts, Gabor Steingart, hat die (noch) wenigen prinzipientreuen Marktwirtschaftler und Ordnungspolitiker der Republik Anfang des Jahres mit einem zweifelhaften Zeitungstitel ge-adelt: »Auch Überzeugungstäter sind Täter« schrieb Steingart, Untertitel: »Der deutsche Weg führt derzeit nicht nach Europa.«¹¹ Andere diskutierte Wege aber auch nicht! Das ist das Problem. »Der Euro, so wie wir ihn jetzt haben, spaltet Europa«¹², formuliert der FDP-Bundestagsabgeordnete Frank Schäffler, einer der wenigen offenen Euro-kritischen Politiker, unter Bezug auf die inzwischen in Südeuropa laufenden Bürgerproteste, Streiks und teilweise auch hassgeschürten Beschimpfungen der Deutschen als mit Abstand größter Gläubigernation in der Währungsunion.

Kurz vor Redaktionsschluss dieser Auflage hat es die griechische Regierung mit Unterstützung der EU-Geldgeber geschafft, das Gros der privaten Gläubiger von einem »freiwilligen« Schuldenschnitt zu überzeugen. 130 Milliarden Euro sollten danach Richtung Hellas fließen. Das Land hatte damit die offene Insolvenz noch einmal umgangen. Es wird wieder Zeit gewonnen, auch für die anderen klammen Euro-Länder Südeuropas, Zeit für Portugal, Spanien und Italien, Strukturreformen durchzusetzen, die helfen sollen, die Staatsschulden abzutragen. Ob das, angesichts der genannten Rezessionsprognosen für weite Teile Eurolands gelingt ist äußerst zweifelhaft.

Wahrscheinlicher ist, dass die wenigen übrig gebliebenen Zahlernationen die Verbindlichkeiten der Schuldner nach und nach übergestülpt bekommen, bis sie in einer ähnlich schlechten Lage sind wie die heutigen Krisenländer. Das Problem dabei: Der eingeschlagene Weg ist nicht mehr ohne

¹¹ Handelsblatt vom 26.01.2012, Titelseite.

¹² www.frank-schaeffler.de/presse/medienspiegel/1879

große Friktionen rückgängig zu machen. Ähnlich wie im Nachgang zur Pleite der amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers kommt die Diskussion über prinzipielle Lösungen zu spät und zu langsam in Gang. Eine Fortführung der bestehenden Euro-Union wird für Deutschland immer teurer; doch jeder Ausschluss eines überschuldeten Mitgliedstaats wäre ebenfalls mit hohen Folgekosten verbunden.

»Wir Deutsche müssen aufpassen, dass uns nicht die Kraft ausgeht, denn unendlich sind auch unsere Möglichkeiten nicht, und damit wäre ganz Europa nicht geholfen«, sagte Kanzlerin Merkel.¹³ Man könnte auch übersetzen: Der Kaiser ist bald nackt! Die Milliarden, die in den Rettungsmechanismen gebündelt sind, bestehen aus Krediten und Kreditversprechen, die zum größten Teil Deutschland trägt. Die Haftungssummen, die die Regierung bislang über direkte und indirekte Wege zugesagt hat, ließen sich schon bis Frühjahr 2012 auf mehr als eine Billion Euro hochrechnen.¹⁴ Das ganze »Rettungs«-Konzept beruht darauf, dass die zugesagten Summen hoffentlich nie voll abgefragt werden. Dies erweist sich aber aktuell bereits als Illusion: Der laufende Hilfsschirm EFSF ist nach zwei Jahren zu mehr als der Hälfte aufgebraucht.

Ähnlich den Würdenträgern des kaiserlichen Hofstaats in Andersens Märchen sprechen auch die wichtigsten Mandatsträger in Politik und Wirtschaft heute die Probleme nicht offen an. Tatsächlich könnten sie dadurch aufs politische Abstellgleis geraten. Es ist aber nur eine Frage der Zeit, bis eine kritische Masse an Menschen das anfangs skizzierte Kredit-Kartenhaus zum Einsturz bringt und darin den nackten Kaiser sitzen sieht. Wer und wann das sein wird, kann niemand genau sagen, braucht es doch in unserer modernen Mediendemokratie nicht einen, sondern viele

¹³ »Europa ist unser Glück«, Angela Merkel im Interview mit der Süddeutschen Zeitung vom 26.1.2012, S. 19.

¹⁴ Der Staatsrechtsprofessor und Verfahrensbevollmächtigter zweier Verfassungsklagen zum Euro-Thema, Dietrich Murswieck, beziffert die Belastungen Deutschlands aus den bisherigen Hilfsschirmen (Griechenland, EFSF, EFSM) auf 304 Milliarden Euro. Mit dem ESM kommen (Stand März 2012) Gewährleistungen über 190 Milliarden Euro hinzu. Zusammen mit riskanten Verrechnungsrisiken der Bundesbank, den sogenannten Target-Salden (547 Milliarden Euro per Ende Februar) kommt man auf eine Haftungssumme der Bundesrepublik von mehr als einer Billion Euro. Noch gar nicht berücksichtigt sind dabei die Kredite der Europäischen Zentralbank (EZB) an längst nicht mehr sichere Schuldnerländer und gefährdete Banken, die Woche für Woche weiter wachsen. Die Bilanzsumme der EZB hat sich dadurch binnen anderthalb Jahren auf rund drei Billionen Euro fast verdoppelt.

Rufer. Allerdings: Es kommt nicht darauf an, was man sagt, sondern, wer es sagt. Und viele für die Leitmedien (immer noch) wichtigen Rufer sind eben auch just jene Funktionsträger, deren Stellung vielfach von einer Beibehaltung der bestehenden Strukturen und Netzwerke abhängt. Solange es auch nur den Hauch einer Chance gibt, mit dem Durchwursteln weiterzukommen, wird deshalb der einmal eingeschlagene Weg weiterverfolgt, Risiken werden klein geredet und in die Zukunft verschoben.

3. Was Sie tun können: Die Elemente des privaten Rettungsschirms

Verlass ist auf eine solche Politik nicht mehr. Wenn der »Plan A« schiefgeht, können Sie aber davon ausgehen, dass die Entscheider die Ersten gewesen sind, die zumindest materiell vorgesorgt hatten. Was aber können Sie tun? Machen Sie es wie die Profis. Behalten Sie vorläufig Ihren angestammten Job und verfolgen Sie Ihre Karriere weiter, wenn es sinnvoll ist – aber erarbeiten Sie daneben einen »Plan B« für sich und Ihre Familie. Sie können sich vorbereiten auf die Zeit, nach der der Kaiser als nackt beziehungsweise die Euro-Rettung als Farce entlarvt wird – persönlich, beruflich, monetär und vor allem, auch geistig.

»Die Bürger der westlichen Welt müssen mit einem Systembruch rechnen. Sein Ausgang kann zwar nicht seriös vorhergesagt werden. Der Übergang wie auch die Zeit danach bedeuten in jedem Fall für die große Mehrheit der Menschen eine gewaltige mentale Umstellung«, schreibt der systemkritische Wirtschaftsblogger und Vermögensberater **Peter Boehringer** und widmet sich deshalb im folgenden Kapitel der *geistigen* Vorbereitung auf die anstehenden Veränderungen, die eine alternative Geldanlage-Strategie genauso nötig werden lassen wie eine persönliche Vorsorge und den Willen, unabhängiger zu werden von den Strukturen des bestehenden Systems.

Eine der Hauptbotschaften dieses Buches lautet: Vertrauen Sie dabei auf sich selbst und weniger auf die Politik. Was die Politik im Großen nicht schafft, können Sie im Kleinen bewerkstelligen. Sich einen privaten Ret-

tungsschirm aufspannen, damit Sie und Ihre Familie den eingangs skizzierten Einsturz des Kartenhauses möglichst unbeschadet überstehen. Dazu müssen Sie sich befreien von den vielen Scheingewissheiten unserer Gesellschaft wie etwa der Stabilität des Euro, der Sicherheit Ihrer Lebensversicherung oder auch der immerwährenden günstigen Verfügbarkeit von Energie, Lebensmitteln und medizinischer Vollversorgung.

Zur persönlichen Vorbereitung gehört ganz konkret, die richtige Anlagestrategie zu finden, die einem das Ersparte auch im Falle beschleunigter Geldentwertung real erhält. Lieber in Sachwerte investieren, statt zu viele Schuldentitel zu kaufen, lautet die Kernthese von Autor **Philipp Vorndran**. Neben Gold setzt der Kapitalmarktstratege vor allem auf Aktien von Unternehmen mit bewährtem und krisentauglichem Geschäftsmodell, von denen viele über Jahre hohe Dividenden zahlen und den Anlegern damit auch dann einen regelmäßigen Ertrag bringen, wenn die Börsenkurse sinken. Vorndran erklärt, warum er eine fortschreitende Geldentwertung für die wahrscheinlichste Lösung dieser Schuldenkrise hält und bereitet die Leser darauf vor, dass es in der Summe aller Anlagen in den nächsten Jahren im Wesentlichen um den realen Vermögenserhalt gehen muss.

Doch mit dem »Geld retten« alleine ist es nicht getan, zumal, wenn es zu einer ungeordneten Auflösung der Währungsunion kommen sollte. Daher rät Vorsorgeexperte **Gerhard Spannbauer**, sich für unruhige Zeiten ein Sicherheits- und Vorratskonzept aufzubauen. Seine Empfehlungen gehen dabei wesentlich über das hinaus, was Verbraucherschutzministerium und Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe seit Jahren bereits zum Schutz vor Naturkatastrophen, längeren Stromausfällen oder Reaktorunglücken vorsehen. Wer in schwierigen Zeiten etwas erreichen will, muss auch persönlich über sich hinauswachsen, die eigene Trägheit überwinden und lernen, Probleme früher und konsequent anzugehen. Die Menschen werden in der Krise »mit neuartigen Herausforderungen konfrontiert, die für das weitere Leben entscheidend sein können«, schreibt Spannbauer. Er empfiehlt deshalb, ganz gezielt Projekte zu suchen, die einen auf den ersten Blick überfordern, um daran zu wachsen und auf diese

Weise persönlich krisenfester zu werden. Interessanter Nebenaspekt: Aus den so gewonnenen Fähigkeiten könnte auch mal der Hauptjob werden.

Die ehemalige Kapitalmarktanalystin und Selbstversorgerin **Christine Illing** hat ihr Leben bereits erfolgreich umgestellt. Sie beschreibt, wie Sie es Stück für Stück und ohne größeren Aufwand schaffen können, Ihren bisherigen Lebenswandel zu verändern und Qualitäten und Fertigkeiten (wieder-)zuerlangen, die für die Generation unserer Großeltern noch selbstverständlich waren. Bei Illing geht es ganz handfest ums Haltbamachen, um das Selbstanbauen und um Konzepte einer gesünderen und vom krisenanfälligen System der »Just-in-time-Lieferung« unabhängigen Ernährung. »Es macht wenig Sinn, sich ständig mit den Details einer unlösbaren gesellschaftlichen Gesamtsituation zu beschäftigen. Deshalb ist es besser, die eigene Energie auf positive Schritte im persönlichen Umfeld zu lenken. Schritte, die jeder ohne größeren Aufwand selbst bewerkstelligen kann«, ermutigt Illing, die selbst offen zugibt, vor fünfzehn Jahren nicht einmal genügend Lebensmittel für die nächste Mahlzeit im Haus gehabt zu haben.

Der private Rettungsschirm ist keine Anleitung für gesellschaftliche Aussteiger, sondern eine Einführung für diejenigen, die sich auf eine wahrscheinlich unangenehme Zeit vorbereiten wollen, in der sie nach mehr als zehn Jahren Reallohnverlust mit weiteren (großen) Wohlstandseinbußen rechnen müssen; aber auch für die Jahre nach diesem Paradigmenwechsel, der mit der Schuldenkrise bereits eingeleitet worden ist. Es kann allerdings sein, dass die laufende Krisenpolitik noch ein paar Monate, vielleicht auch Jahre trägt. Diese Zeit können Sie konstruktiv für den Aufbau Ihres privaten Rettungsschirms nutzen und sich damit einen mentalen und materiellen Vorsprung vor denen erarbeiten, die die Probleme lieber ignorieren.

I. DIE GEISTIGE VORBEREITUNG

Peter Boehringer

1. Die innere Revolte zulassen

1.1 Problemdimension erkennen

»Es ist absolut möglich, dass sich ein Mensch außerhalb des Gefängnisses befinden kann und dennoch gefangen ist; dass er frei aller körperlichen Fesseln ist und dennoch psychologisch unfrei – dazu gezwungen, so zu denken, zu fühlen und zu handeln, wie es die Vertreter des Staates oder gewisser privater Interessen innerhalb des Staates von ihm verlangen. Die Natur eines solchen psychologischen Zwanges ist dergestalt, dass diejenigen, die ihm unterworfen sind, glauben, sie handeln auf Grundlage ihrer eigenen Initiative. Das Opfer von Verstandes-Manipulation weiß nichts von seiner Rolle als Opfer. Für ihn sind die Wände seines Gefängnisses unsichtbar, und er selbst glaubt, frei zu sein. Dass dies nicht stimmt, ist aber nur für die anderen Menschen offensichtlich. Sein Sklaventum ist rein objektiv.«¹⁵

»Just look at us. Everything is backwards, everything is upside down. Doctors destroy health, lawyers destroy justice, psychiatrists destroy minds, scientists destroy truth, major media destroys information, religions destroy spirituality and governments destroy freedom.«¹⁶

¹⁵ Aldous Huxley: *Wiedersehen mit der schönen neuen Welt*, 1958

¹⁶ Michael Ellner, US-Psychologielehrer und Autor, 1997

Die private Vorbereitung auf große finanzielle, gesellschaftliche und politische Umstellungen bedeutet Arbeit, Zeit- und Geldeinsatz. Dieses zu tun – gar mit dem Risiko der zeitweisen gesellschaftlichen Ausgrenzung – erfordert Überzeugung, das Richtige und Wichtige zu tun. Dieses Kapitel soll die Motivation dazu liefern, die gewaltige zeitliche und thematische Dimension der Verwerfungen zu erkennen, welche noch in diesem Jahrzehnt dazu führen werden, dass wir die Inhalte, die heute die Massenmedien beherrschen, nur noch als dekadenten und anachronistischen Abklatsch einer an der Oberfläche immer noch heilen, darunter jedoch in vielerlei Hinsicht hohlen, verlogenen und zunehmend substanzlosen Welt verstehen werden.

Die Bürger der westlichen Welt müssen mit einem Systembruch rechnen. Sein Ausgang kann zwar nicht seriös vorhergesagt werden (möglich ist die Rückkehr zu nationalen Währungen nach einem radikalen Schuldenschnitt oder aber eine globale Planwirtschaft). Der Übergang wie auch die Zeit *danach* werden in jedem Fall für die große Mehrheit der Menschen sowohl eine gewaltige *mentale* Umstellung als auch eine private *Vorsorge* mit dem Ziel möglichst großer Unabhängigkeit erforderlich machen.

Nur sehr Weitsichtige erkannten die umfassenden gesellschaftlichen Verwerfungen schon so früh wie Huxley oder Ellner. In den Wirtschaftswissenschaften waren die ersten Warner vor dem zwingenden Kollaps unseres heutigen Aufschuldungssystems die Ökonomen der sogenannten »Österreichischen Schule«. Ludwig von Mises analysierte schon vor mehr als 100 Jahren die fatalen gesellschaftlichen Folgen einer auch nur teilweisen Aufgabe der Golddeckung des Geldes, welche nach einer zunächst *allmählichen* Erosion im Laufe des 20. Jahrhunderts dann 1971 *endgültig* vollzogen wurde. Schon seit 1913 wurde es im Westen Zentralbanken überlassen, wie viel Geld in Umlauf gebracht wird. Und diese neigten spätestens seit der Aufgabe der Golddeckung 1971 dazu, jede (kleinere und unvermeidliche) Konjunkturdelle mit uferlos aus dem Nichts kreierten Geldmengen abzumildern, anstatt reinigende Schrumpfungen des Wirtschaftssystems (Rezessionen) einfach zuzulassen.

Aufgrund der ebenfalls im 20. Jahrhundert »perfektionierten«, nur minimalen Hinterlegungspflicht der Geschäftsbanken werden heutzutage aus